Fluchtversuche und Todesopfer an den Grenzen Ungarns

Forschungsergebnisse und Forschungsperspektiven

Krisztina Slachta & Imre Tóth

Die Opfer der Diktaturen Osteuropas in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts sind nur sehr schwer zu beziffern. Gerade die Opfer politischer Repression in der DDR und der Staatssicherheit sowie das Schicksaal all jener, die zwar nicht von aktenmäßig erfassbarer Repression betroffen waren, die ihr Leben aber aussichtslos und privat als persönliche Tragödie wahrnahmen, bleiben der historischen Forschung zumeist unzugänglich. Diejenigen, die an der deutsch-deutschen Grenze, an der Berliner Mauer oder an den Grenzen der „befreundeten sozialistischen Länder" geflohen, gefangen genommen oder erschossen wurden, können zwar beziffert werden, bilden aber nur die Spitze des Eisbergs. Es ist auch mehr als 30 Jahre nach der Wende aufgrund der unterschiedlichen und uneinheitlichen Datenlage schwierig, verlässliche und genaue Daten über die konkreten Opferzahlen zu ermitteln, zudem kommt erschwerend hinzu, dass die zuständigen Behörden und Sicherheitsdienste der diktatorischen Regime die jeweiligen Fälle nicht selten zu vertuschen suchten.

Die Überwachung und Kontrolle von DDR-Bürgern die in Ungarn Urlaub machten und einen Fluchtversuch unternahmen, also einen illegalen Grenzübertritt versuchten, und die juristische und gerichtliche Verfolgung derjenigen, die bei einem Fluchtversuch ertappt wurden, sind in den letzten 15–20 Jahren zwar gründlich erforscht wurden, in der ungarischen Forschung und in der Öffentlichkeit fand jedoch bis heute nur der Todesfall des DDR-Flüchtlings Kurt-Werner Schulz größere Beachtung. Er wurde am 21. August 1989 in der Nähe von Kőszeg bereits auf österreichischem Gebiet bei einem Handgemenge mit einem ungarischen Grenzsoldaten erschossen. Der Vorfall wurde von der ungarisch-österreichischen Grenzkommission untersucht und als Unfall eingestuft. Die Todesumstände und die archivierten Unterlagen zu diesem Fall wurden vollständig aufgearbeitet und der Fall selbst sogar in mehreren Dokumentarfilmen behandelt.[1] Die Geschichte der Opfer, die nach der Schließung der innerdeutschen Grenze 1952 und in Folge des Mauerbaus auf der Flucht ums Leben kamen, ist in Deutschland bereits seit Jahrzehnten Gegenstand der Forschung. Zahlreiche Forschungsprojekte, Forschungsgruppen und Institute haben sich mit dem Thema beschäftigt. Indes divergieren die einzelnen statistischen Kategorien zur Erfassung und Gruppierung von Opfergruppen teils erheblich, eine projektübergreifende Vereinheitlichung der Kriterien für die genaue Opfererfassung ist noch immer ein Forschungsdesiderat. Aus diesem Grund herrscht bisher kein Konsens über die genauen Opferzahlen. In den ehemaligen Ostblockstaaten beschäftigen sich zudem überhaupt nur wenige Historiker mit den Fluchtversuchen, sodass für die Bestimmung konkreter Opferzahlen zumeist die dafür wichtige Grundlagenforschung fehlt.

Im Rahmen eines internationalen Projekts unter der Leitung des Forschungsverbundes SED-Staat an der Freien Universität Berlin richtete sich das Forschungsinteresse auf die Geschichte der Todesopfer an der Ostseegrenze, sowie auf diejenigen DDR-Bürger, die auf der Flucht entlang des Eisernen Vorhangs, von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer, ums Leben kamen. Im Rahmen des Projekts wurden von 2018 bis 2022 die Fälle von

1 Zuletzt gezeigt: Péter Szalay: Nincs parancs! [Es gilt kein Befehl!] 2020

DDR-Bürgern, die an der ungarischen Grenze oder bei der Vorbereitung eines Fluchtversuchs in Ungarn ums Leben kamen, erstmals systematisch erforscht und im Rahmen einer internationalen wissenschaftlichen Kooperation detailliert aufgearbeitet. Imre Tóth und Krisztina Slachta leiteten im Rahmen des Projekts die Forschungen in Ungarn, des Weiteren waren István Orgoványi und Bertalan Bordás als wissenschaftliche Mitarbeiter an der Forschungsarbeit beteiligt. Die Ergebnisse des ungarischen Kooperationspartners wurden zunächst in zwei Beiträgen veröffentlich.[2] Im Rahmen der Projektarbeit wurden zudem auf Grundlage der ungarischen Forschungsergebnisse detaillierte Biografien der in Ungarn auf der Flucht verstorbenen DDR-Bürger verfasst. Eine ungarische Studie zu den Todesfällen an der ungarischen Grenze wurde bislang nicht veröffentlicht.nicht veröffentlicht. Genaue Angaben zu Todesopfern an der ungarischen Grenze, die keine DDR-Staatsbürgerschaft hatten, bleiben indes nach wie vor ein Forschungsdesiderat.

Die Recherchen wurden durch mehrere Faktoren erschwert: die für die Forschung freigegebenen Akten des ungarischen Grenzschutzes erhalten kein einheitliches, gut geordnetes Dokumentationsmaterial zu Todesfällen im Zusammenhang mit Grenzübertritten und Fluchten in dem vom Forschungsprojekt angesetzten Zeitraum (1948–1989). Ebenso verhält es sich mit dem Quellenmaterial zu Fällen von Soldaten und Grenzsoldaten, die während der Ausübung ihres Dienstes – als Berufssoldaten oder Wehrpflichtige – starben oder mit einer Dienstwaffe Selbstmord begingen. Auch die Suche in der Datenbank des Archivs der Staatssicherheit (Historisches Archiv der Staatssicherheitsdienste Ungarns, ÁBTL) war nicht erfolgreich. Zudem konnten auch auf der Grundlage ungarischer Daten, Informationen und früherer Forschungen, die die Tätigkeit der DDR-Staatssicherheit vollständig und detailliert untersucht hatten, keine Unterlagen zu den Todesfällen gefunden werden. Eine erfolgreiche Recherche war aus diesem Grund nur in der Zusammenarbeit mit internationalen Kooperationspartnern möglich. Erst die Weiterleitung von Daten und Referenzen aus dem deutschen Archivgut führte im Rahmen des Verbundprojekts zu tödlichen Fluchten von DDR-Bürgern über den Eisernen Vorhang zu Rechercheerfolgen in den ungarischen Archiven und Pressedatenbanken.

„Die verlängerte Mauer": die DDR-Staatssicherheit in Ungarn und die Zusammenarbeit der Staatssicherheitsdientste der DDR und Ungarn

Die deutsche Nachkriegsgeschichte wurde grundlegend durch die deutsche Teilung bestimmt, der Zeitraum von 1948 bis 1989 kann somit auch als Migrationsgeschichte gedeutet werden, die neben anderen Migrationsbewegungen auch von der Migration zwischen den beiden deutschen Staaten und im Wesentlichen von der Auswanderung aus der DDR geprägt war. Wichtige Wendepunkte/Einschnitte/Wegmarken der deutsch-deutschen Geschichte waren dabei Ereignisse, die mit dem Beginn oder dem Ende der deutsch-deutschen Teilung und mit der Einschränkung und Liberalisierung der Reise- und Bewegungsfreiheit in der DRR sowie mit der Um- und Übersiedelung von DRR-Bürgern verbunden waren: An erster Stelle sind hier die Schließung der innerdeutschen Grenze, der Bau der Berliner Mauer, die Transitabkommen und schließlich die Öffnung der Grenze bzw. der Mauer zu nennen. Der Druck der Bürger, die die DDR verlassen

2 Slachta, Krisztina; Tóth, Imre: DDR-Bürger als Flüchtlinge in Ungarn, 1961-1989. Eingeschränkte Reisemöglichkeiten, kontrollierter Tourismus, Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat. S. 60-89., 2022.; Slachta, Krisztina; Orgoványi, István; Tóth, Imre: Vom Ausbau bis zum Abbau. Die Geschichte des Eisernen Vorhangs in Ungarn, Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat. S. 56-67., 2020.

wollten, die Einzelschicksale und Tragödien auf der Ebene der Alltagserfahrung haben die Spannungen innerhalb des ostdeutschen Staates, der sich da schon geraume Zeit in einer Dauerkrise befand, immer weiter verschärft. Während die anderen Ostblockstaaten durch die politischen Spannungen und erzwungene gesellschaftliche Umstrukturierungsprozesse belastet waren, sah sich die DDR während ihrer 40-jährigen Geschichte dem ständigen Druck zehntausender Ausreisewilliger ausgesetzt.

Aus diesem Grund führte die DDR-Staatssicherheit immer neue Maßnahmen zur Kontrolle des eingeschränkten Reiseverkehrs ein, um sich so auf die neue „operative Lage" in Folge des Mauerbaus einzustellen. Die hermetische Abriegelung der DDR-Bevölkerung von den BRD-Bürgern gelang jedoch nur innerhalb eines recht kurzen Zeitraums unmittelbar nach dem Mauerbau. Die voneinander getrennten Familienangehörigen, Freunde und Bekannten suchten trotz der erschwerten Bedingungen nach Begegnungsmöglichkeiten und unternahmen mitunter Fluchtversuche in den Westen. Sowohl die Bevölkerung als auch die Staatssicherheit versuchten, sich auf die neue Situation einzustellen. Während getrennte Familien versuchten, sich außerhalb der DDR zu treffen, versuchten die DDR-Behörden dies um jeden Preis zu verhindern oder die Auslands- und Reiseaktivitäten der DDR-Bürger zumindest bestmöglich zu kontrollieren und reglementieren. Dabei stand für die Staatssicherheit die Vorbeugung von Fluchten und Kontakten mit Westverwandtschaft und BRD-Bürgern im Vordergrund. Sie versuchten aus diesem Grund um jeden Preis zu verhindern, dass die DDR-Bürger, bei ihren Reisen in die „befreundeten sozialistischen Ländern" dort ihre Verwandten treffen oder neue Bekanntschaften mit Personen aus der ‚westlichen Welt' machen konnten, da jede Art von Westkontakt als Vorbereitung für eine Flucht aus der DDR gewertet wurde. DDR-Bürger, die als Urlauber nach Ungarn reisten, standen daher unter einer sich über die Jahre ständig verschärfenden Beobachtung, da in den Augen der DDR-Führung und der Staatssicherheit praktisch jeder, der seinen Sommerurlaub in einem sozialistischen Land mit einer Grenze zu einem westlichen Staat verbrachte, als potentieller Republikflüchtling galt. Der lange Arm der Staatssicherheit reichte jedoch nicht nur bis zum Balaton, im Zuge der Ausweitung der Stasi-Aktivitäten innerhalb des Systems der sog. „verlängerten Mauer" wurden 1964 auch in der Tschechoslowakei, in Ungarn und in Bulgarien Operativgruppen der Stasi installiert.[3]

Die Kooperation zwischen den Staatssicherheitsdiensten der einzelnen sozialistischen Staaten und die gegenseitige Unterstützung ihrer Tätigkeit zählten in den ständigen Aufgabenbereich dieser Organe des Ostblocks. Die Zusammenarbeit der Staatssicherheitsorgane Ungarns (ab 1956 III. Hauptverwaltung des Innenministeriums, BM) und der ehemaligen DDR (Ministerium für Staatssicherheit, MfS) fällt quasi mit der Gründung der beiden Organe bzw. der Gründung der zwei kommunistischen Staaten zusammen, als Ausgangspunkt für ihrer Kooperation kann somit das Jahr 1949 angesetzt werden. Dabei ging es zunächst jedoch nur um den Informationsaustausch zwischen den beiden Ministerien und um die Hilfeleistung in konkreten Einzelfällen. In der Anfangszeit lässt sich noch keine systematische Zusammenarbeit der beiden Organe feststellen. Wie aus den Unterlagen in den zuständigen Archiven hervorgeht, umfasst die Zusammenarbeit der zwei ‚Bruderorgane' bis 1989[4] unterschiedliche Gebiete und betrifft die internen Abläufe der Staatssicherheitsorgane ebenso wie die Definition der inneren und äußeren

3 Christian Domnitz: Kooperation und Kontrolle. Die Arbeit der Stasi-Operativgruppen im sozialistischen Ausland. Göttingen 2016.

4 Siehe dazu: Krisztina Slachta: Megfigyelt szabadság. A keletnémet és a magyar állambiztonsági szervek együttműködése a Kádár-kori Magyarországon, 1956-1990. [Beobachtete Freiheit. Die Zusammenarbeit der Staatssicherheitsdienste der DDR und Ungarns in der Kádár-Zeit, 1956-1990] Pécs-Budapest 2016.

Feindbilder bzw. ihre kontinuierliche Veränderung, die rechtlichen Grundlagen der Zusammenarbeit als auch die Entwicklung des Fremdenverkehrs. Auch Aspekte der Geschichte der Außen- und Innenpolitik, der Diplomatie- und der Gesellschaftsgeschichte dieser Länder sind Gegenstand der überlieferten Unterlagen

In der Geschichte der Zusammenarbeit der Staatssicherheitsdienste der beiden Länder kam der Kontrolle des Fremdenverkehrs eine besondere Bedeutung zu. Nach der Revolution 1956 erhielt in Ungarn die Entwicklung des Fremdenverkehrs eine besondere politische Aufmerksamkeit: Die alte und zugleich neue kommunistische Parteiführung betrachtete die sog. 'Öffnung gen Westen' als eine Möglichkeit die internationale Isolation nach der gewaltsamen Niederschlagung der Revolution von 1956 und der anschließenden Vergeltungsaktionen zu überwinden und zugleich die gegen Ungarn gerichtete ‚Propaganda des Kalten Krieges' abzuschwächen. Zeitgleich nahm ie Bedeutung des Tourismus für die Volkswirtschaftliche immer weiter zu, denn die aus dem Tourismus stammenden Einnahmen trugen dazu bei, die Deviseneinnahmen des Staates zu erhöhen und so die Kadars auf die Erhöhung des allgemeinen Lebensstandards zielende Politik zu finanzieren.[5] Während die Ost- und Westdeutschen wegen der Errichtung der Berliner Mauer nach Möglichkeiten suchten sich außerhalb der beiden deutschen Staaten mit ihren Familienmitgliedern aus dem jeweils anderen deutschen Staat treffen zu können, hatte sich der Tourismus in Ungarn – verglichen zu den 1950er Jahren – bereits grundsätzlich verändert.

Die DDR-Bürger, die nach dem Mauerbau nach Ungarn reisten, standen unter einer sich ständig verschärfenden Beobachtung, da in den Augen der DDR-Führung und der Staatssicherheit praktisch jeder, der seinen Urlaub im sozialistischen Ausland verbringen wollte, die Absicht hatte illegal die Grenze zu übertreten somit also Republikflucht zu begehen. Der lange Arm der DDR-Staatssicherheit reichte daher bis zum Balaton, und sogar bis zum Schwarzen Meer. Im Rahmen der sogenannten „verlängerten Mauer"[6] wurden 1964 drei Operativgruppen des MfS in Ungarn, in der Tschechoslowakei und in Bulgarien mit dem speziellen Ziel gegründet, die eigenen Staatsbürger auch während ihres Urlaubes kontrollieren und beobachten zu können. Die DDR-Staatssicherheit drang zu diesem Zweck in alle Bereiche des Alltagslebens der DDR-Touristen ein, um so deren ständige Beobachtung und flächendeckende Überwachung auch während der ‚wolkenlosen' Sommerurlaube am Balaton sicherzustellen. Die Leitung der drei Operativgruppen hatte ihren Sitz seit ca. 1985 ganzjährig in den jeweiligen Hauptstädten der ‚befreundeten Staaten', also in Prag, in Sofia und in Budapest. Die Auslandsaktivitäten des MfS nahmen in der letzten Dekade der SED-Diktatur stetig zu und erreichten ihren Höhepunkt schließlich im Jahr 1989, das somit auch unter dem Gesichtspunkt der geheimpolizeilichen MfS-Aktivitäten ein 'heißer Sommer' war .[7]

Die Untersuchungsorgane der beiden Dienste, MfS HA IX und BM III/1 Abteilung führten die meisten gemeinsamen Untersuchungen wegen 'ungesetzlicher Grenzübertritte' (UGÜ) aus. Dabei handelte es sich um Fälle, in denen die ungarische Staatssicherheit gegen DDR-Staatsbürger ermittelte, die auf Grund eines Fluchtversuchs auf dem Staats-

5 Krisztina Slachta: „Am nachmittag waren die männlichen Personen mit Surfen und anderen wassersportlichen Tätigkeiten befaßt." Die Staatssicherheitsdienste der DDR und von Ungarn am Balaton. In: György Gyarmati – Krisztina Slachta (Hrsg.): Das Vorspiel für die Grenzöffnung. Das Paneuropäische Picknick in Sopron am 19. August 1989. Sopron-Budapest 2014, S. 15-36.

6 Monika Tantzscher: Die verlängerte Mauer. Die Zusammenarbeit der Sicherheitsdienste der Warschauer-Pakt-Staaten bei der Verhinderung von „Republikflucht." Berlin 2001.

7 Andreas Oplatka: Der erste Riss in der Mauer. September 1989 – Ungarn öffnet die Grenze. Wien 2009. S. 82.

gebiet Ungarns festgenommenen worden waren und nach Abschluss des 30-tägigen Ermittlungsverfahrens mit den angefallenen Akten den ’zuständigen Organen der DDR’ übergeben wurden. Die ungarische Staatssicherheit wickelte das Verfahren gegen verhaftete DDR-Staatsbürger in den 1980er Jahren gemäß der geltenden zwischenstaatlichen Abkommen[8] ab und erledigte die Angelegenheit zügig, um die festgenommene Person möglichst schnell den MfS-Vertretern in Ungarn übergeben zu können.

Neben der Kontrolle des Tourismus bildeten auch die Kontrolle und der Austausch von Informationen über die seit 1967 zeitweilig in der DDR arbeitenden ungarischen Gastarbeiter und dort studierende Gaststudenten, bzw. über die in Ungarn arbeitenden und studierenden DDR-Bürger einen wesentlichen Eckpunkt in der Zusammenarbeit der beiden Staatssicherheitsorgane.[9] Wegen der – im Vergleich zur DDR – spürbar immer größeren Freiheit in Ungarn und der Bildung von Oppositionsbewegungen stellte die Anwesenheit von Ungarn, besonders aber von ungarischen Oppositionellen, in der DDR in den Augen der Staatssicherheit eine erhöhte Gefahr dar, aus diesem Grund erwies sich ihre Kontrolle für beide Dienste von besonderer Wichtigkeit.[10]

Quellenbestand und Forschungsmöglichkeiten

Die einzelnen Aufgabenfelder in der Zusammenarbeit der zwei Staatssicherheitsdienste schlagen sich auch in der Zusammensetzung des überlieferten Quellenbestandes nieder. Allgemeinere Dokumente, wie z. B. die auf ministerieller Ebene abgeschlossenen Rahmenverträge der Zusammenarbeit sind im Bestand der Abteilung X des MfS, Abteilung für Internationale Beziehungen, bzw. im Bestand der BM NKO, ebenfalls Abteilung für Internationale Beziehungen des ungarischen Ministeriums des Inneren zu finden. Neben den Kooperationsverträgen finden sich dort auch mehrere tausend Seiten umfassende Briefwechsel zwischen den einzelnen Diensteinheiten und sowie Dokumente aus dem allgemeinen Informationsaustausch, bzw. Anfragen zu konkreten Personen.[11]

Die Kontrolle des Tourismus und des Reiseverkehrs oblag der Hauptabteilung (HA) VI, die 1971 gegründet wurde; die aussagekräftigsten Unterlagen über die Tätigkeit der Operativgruppe des MfS in Ungarn finden sich aus diesem Grund im Quellenbestand des Vorläufers dieser Einheit somit also im Bestand der HA XX/5 und der HA VI.[12] Die meisten Unterlagen wurden während der Ermittlungen gegen DDR-Bürger verfasst, die einen ungesetzlichen Grenzübertritt (UGÜ) begangen hatten, und in die DDR zurückgeführt wurden, diese Dokumente finden sich im Bestand des Untersuchungsorgans des MfS, HA IX.[13]

Die Akten zur Beobachtung der ungarischen Gastarbeiter sind im Bestand der HA XVIII, der für die Kontrolle der Volkswirtschaft zuständigen Hauptabteilung des MfS.

8 Gesetz über den Vertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Ungarischen Volksrepublik vom 30. Oktober 1957 über den Rechtsverkehr in Zivil-, Familien- und Strafsachen. Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Teil 1. 1958. Nr. 21. S. 277-298.

9 Hans-Jürgen Rother: Strickmaschinen und Vertragsarbeiter. Unbeabsichtigte Nebeneffekte der Beschäftigung ungarischer Vertragsarbeiter in der DDR. In: Deutschland Archiv. 2012/3. https://www.bpb.de/themen/deutschlandarchiv/126641/strickmaschinen-und-vertragsarbeiter/?p=all (20.11.2023)

10 György Dalos: Die Zusammenarbeit zwischen dem MfS der DDR und der Staatssicherheit der Volksrepublik Ungarn. Berlin 2003.

11 Dagmar Unverhau (Hrsg.): Vorläufiges Findbuch zur Abteilung X: „Internationale Verbindungen” des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR. Münster-Hamburg-Berlin-London 2005.

12 Monika Tantzscher: Hauptabteilung VI: Grenzkontrollen, Reise- und Touristenverkehr. Berlin 2005.

13 Zu den einzelnen Diensteinheiten, sowie zu ihrer Strukturgeschichte siehe: Roland Wiedmann (Hrsg.): Die Organisationsstruktur des Ministeriums für Staatssicherheit 1989. Berlin 1995.

Darüber hinaus finden sich erstaunlich viele Unterlagen im Archivbestand der zuständigen Bezirksverwaltungen (BV) des MfS, wo die Gastarbeiter ihren zeitweiligen Wohnsitz und ihre Arbeitsstelle hatten, so z. B. in den BV Karl-Marx-Stadt, BV Berlin, BV Potsdam, BV Leipzig, usw. Die Dokumente zur Kontrolle der Gaststudenten sind im Bestand der für die Kontrolle der Kultur, der Kirchen und des ‚politischen Untergrunds' zuständigen HA XX zu finden. Die Aktenaufzeichnungen über die Beobachtung von ungarischen Intellektuellen und Geistlichen, wie z. B. von Schriftstellern, von Mönchen, sowie von Oppositionellen, gehören ebenfalls in diesen Aktenbestand.

Die zwei Staatssicherheitsdienste kooperierten neben der auf dem Linienprinzip[14] basierende Kontrolle der Bevölkerung, nicht nur bei der Bearbeitung konkreter Fälle, sondern auf dem Gebiet des sogenannten operativ-technischen Sektors (OTS) miteinander. So lieferten und produzierten die beiden Staatssicherheitsdienste für das jeweilige ‚Bruderorgan' u. a. Abhöranlagen, Aufnahmegeräte, Chemikalien zur Entwicklung von Fotos und Filmmaterialen. Die Unterlagen hierzu sind teilweise unter den Beständen der Abteilung OTS, teilweise aber auch in den Beständen der Abteilung X, bzw. BM NKO zu finden. Die zwei Organe arbeiteten auch auf dem Gebiet der Funkabwehr zusammen, die relevanten Unterlagen dazu sind daher im Bestand der HA III, „Diensteinheit des funkelektronischen Kampfes" zu lesen.

Zur historiographischen Aufarbeitung Geheimdienst-Kooperationen und zur Aufarbeitung der Überlieferungen der kommunistischen Diktatur in Ungarn

Zu den wichtigsten Überlieferungen zählen indes die Unterlagen der Staatssicherheitsdienste der ehemaligen Ostblock-Staaten, die jeweils vom allgemeinen Archivgut getrennt behandelt werden und dem Geltungsbereich spezieller Gesetze, wie z. B. dem Stasi-Unterlagen-Gesetz (StUG) unterstehen.[15] In Ungarn wurde 1997 unter dem Namen ‚Historisches Amt' ein Archiv mit Sonderstatus gegründet, in dem die überlieferten Bestände des ungarischen Staatssicherheitsdienstes aus dem Zeitraum von 1945–1990 archiviert, erfasst und für die wissenschaftlichen Recherche erschlossen werden sollten. Darüber hinaus sollte das Archivgut den Betroffenen und ihren Angehörigen für eine Akteneinsicht zugänglich gemacht werden.[16] Die Tätigkeit der Institution wird derzeit durch das Gesetz Nr. III. aus dem Jahr 2003 geregelt. Im selben Jahr wurde auch die Umbenennung des Archivs in ‚Historisches Archiv der Staatssicherheitsdienste Ungarns' beschlossen. Das Archiv und dessen Forschungsabteilung trägt zur Aufarbeitung des erhalten gebliebenen Archivgutes der ungarischen Staatssicherheit bei und leistet Grundlagenforschungen zur Strukturgeschichte, den sogenannten „operativen Methoden, zum IM-Bestand,[17] sowie zur Archontologie des hauptamtlichen Apparats. Diese

14 Das sogenannte Linienprinzip ist der Grundsatz der Organisation der kommunistischen Geheimdienste, wonach bestimmte Aufgabenbereiche einer bestimmten Diensteinheit mit entsprechender fachlicher Zuständigkeit zugeordnet wurden. Roger Engelmann, et.al. (Hrsg.): Das MfS-Lexikon. Berlin 2011. S. 203.

15 Zu den Rechtsgrundlagen des BStU (Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR) siehe: https://www.stasi-unterlagen-archiv.de/ueber-uns/rechtsgrundlagen/ (20.11.2023)

16 Zu den Aufgaben und zur Geschichte des Archivs siehe: http://www.abtl.hu/english-information (21.11.2023)

17 In der Praxis der ungarischen Staatssicherheit wurden die Spitzel 'Agent', 'geheime Beauftragte', 'geheime Mitarbeiter', oder 'Personen des Netzes' genannt, was im Praxis der DDR-Staatssicherheit dem Begriff Inoffiziellen Mitarbeiter (IM) entspricht. Da die Abkürzung IM allgemein im deutschen Sprachgebrauch verankert ist, benutzte ich diesen Begriff für die geheime – inoffizielle Mitarbeiter der ungarischen Staatssicherheit.

Forschungen bilden die Grundlage für weitere Recherchen zu verschiedenen Themenbereichen und weiteren historiographischen Aspekten.[18] Neben der wissenschaftlichen Forschung ist die Offenlegung der Geheimpolizeidokumente, die über Regimeopfer angelegt wurden, eine Kernaufgabe des Archivs. Den Betroffenen werden die Unterlagen zugängliche gemacht und auf Wunsch auch ausgehändigt, damit sie die offenen und verdeckten Repressionsmaßnahmen, denen sie ausgesetzt waren, biografisch aufarbeiten können.

Im Folgenden sollen kurz weitere Institutionen genannt werden, die im Bereich der ungarischen Vergangenheitsbewältigung und der Aufarbeitung der Geschichte der kommunistischen Diktatur tätig sind. 2013 kamen in diesem Bereich mehrere neue Akteure hinzu, wie das Komitee des Nationalen Gedenkens (NEB),[19] das Institut zur Erforschung der Geschichte der Wende (RETÖRKI)[20] und das ‚Veritas'-Institut für Geschichtsforschung.[21] Seit 2000 trägt auch das ‚Haus des Terrors', bzw. dessen Museum aktiv zur Gestaltung der ungarischen Vergangenheitspolitik bei. Es ist dort, in der Andrássy Str. 60, im Sitz des ehemaligen ‚Amts für Staatsschutz' (ÁVH), die einzige Ausstellung zur Geschichte der ungarischen kommunistischen Staatssicherheit untergebracht.[22] Einen bedeutenden Beitrag leisten auch die einzelnen Geschichtsinstitute der Universitäten, sowie des Instituts für Geschichtswissenschaft, das ehemals Teil der Ungarischen Akademie der Wissenschaften (MTA BTK TTI) [23] war und heute zum Ungarischen Forschungsnetzwerk, Hungarian Research Network (HUN-REN), gehört.

Die Staatssicherheitsorgane der osteuropäischen Länder wurden nach 1945 unter sowjetischer Aufsicht neu geschaffen und folgten in ihrer Struktur, ihrer Zwecksetzung und der Anwendung operativer Methoden dem sowjetischen Vorbild.[24] Bei genauerer Betrachtung lassen sich trotz allem Unterschiede zwischen den befreundeten Staatssicherheitsorganen, den sogenannten ‚Bruderorganen', feststellen. Während sich der DDR-Staatssicherheitsdienst im Hinblick auf ihren Personalbestand und die institutionelle Struktur – im Verhältnis zu der Einwohnerzahl des Landes – zum größten eigenständigen Geheimdienst in den sozialistischen Ländern entwickelte wurde die ungarische Staatssicherheit nach 1953 dem Innenministeriums unterstellt und war somit keine eigenständige Organisation mehr. Die ungarische Geheimpolizei verfügte im Vergleich zum DDR-Staatssicherheitsdienst über eine geringere Personalausstattung, auch wurden wesentlich weniger Bürger überwacht. All diese Unterschiede in Organisation und Struktur schlagen sich auch in der Qualität und Menge der jeweiligen Aktenbestände nieder, daraus resultieren schließlich auch unterschiedliche Schwerpunktsetzungen in der jeweiligen historischen Aufarbeitung. Die Spezifik der DDR-Stasi gegenüber den Staatssicherheitsdiensten anderer Länder hat folglich auch Auswirkungen auf die Erforschung der Geschichte der Stasi in der Bundesrepublik und den Umgang mit ihr in der nationalen Erinnerungskultur Deutschlands. Grundsätzlich kann festgehalten werden, dass die Aufarbeitung der Akten, ihre Zugänglichkeit für die historische Forschung und

18 Eine Auswahl der Publikationen siehe: http://www.abtl.hu/szolgaltatasok/nyilt-ter/kiadvanyok (21.11.2023)
19 https://www.neb.hu/en (21.11.2023)
20 http://www.retorki.hu/ (21.11.2023)
21 http://www.veritasintezet.hu/de/startseite (21.11.2023)
22 http://www.terrorhaza.hu/hu (21.11.2023)
23 https://tti.abtk.hu/ (20.11.2023)
24 Jens Gieseke: Der Mielke-Konzern. Die Geschichte der Stasi 1945-1990. München 2001, S. 208.

der Platz den die Taten der Staatssicherheitsdienste in der jeweiligen nationalen Erinnerungskultur und dem öffentlichen Diskurs einnehmen, sich von Land zu Land unterscheiden.[25]

Die Dokumente der Abteilung Finanzen des MfS – ein Beispiel

Die überlieferten Bestände der Abteilung Finanzen (Abt.Fin.) des MfS haben besonders für die Erforschung der Endphase in der Zusammenarbeit der Staatssicherheitsdienste und die Auflösung der Operativgruppen einen besonders wichtigen Quellenwert. Das Jahr 1989 läutete die letzte Phase der Präsenz der DDR-Staatssicherheit in Ungarn ein. Die Geschehnisse dieses Zeitraums und die Reaktion der hauptamtlichen Offiziere des Ministeriums für Staatssicherheit nahmen die Ereignisse, die im Herbst 1989 in der DDR eintraten, vorweg. Trotz allem blieben aber die wichtigsten Grundlagen der Zusammenarbeit der Staatsicherheitsdienste nach wie vor bestehen, besonders auf dem Gebiet des sogenannten operativ-technischen Sektors lief fast alles reibungslos weiter, wovon praktisch nur die Akten der Finanzabteilung zeugen. Aus den Beständen der Abteilung Finanzen geht hervor, dass sich kaum etwas in der technischen Zusammenarbeit änderte, dies galt insbesondere für die Vorbereitungen auf das nächste Jahr, wie z.B. Vorbestellung von Fototechnik, Filmmaterial, bzw. zur Filmentwicklung etc.

Die Haupttätigkeit der Abteilung Finanzen war die Realisierung der im Zusammenhang mit der Verwendung finanzieller Mittel stehenden Aufgaben, inklusive Zahlungs- und Verrechnungsverkehr, wie zum Beispiel Besoldung und Entlohnung, Bargeld- und Valutawirtschaft, Bearbeitung von Versicherungsangelegenheiten und Schadensmeldungen, sowie Wahrnehmung der Haushalts-, Bank- und Revisionsfunktion gegenüber den MfS-Betrieben, und die Finanzkontrolle aller MfS-Diensteinheiten.[26] Aufgrund ihrer Aufgabenstellung haben die Unterlagen der Abteilung Finanzen für die Erschließung des Personenbestandes und der Planstellen, sowie zur Anzahl der hauptamtlichen Mitarbeiter der einzelnen MfS-Diensteinheiten eine große Bedeutung. Dieser Quellenbestand ist besonders in Fällen aussagekräftig, in denen der Wissenschaft keine konkreten, oder keine sicheren Angaben zum Personenbestand einer Diensteinheit zur Verfügung steht. Die Abteilung Finanzen war zudem für die Koordinierung der finanziellen Verpflichtungen aus der Zusammenarbeit mit den Sicherheitsorganen der sozialistischen Länder zuständig.[27]

Die Abteilung 5 der Finanzabteilung war auch mit dem Zahlungsverkehr und der Buchhaltung betraut, was in der Praxis die Durchführung und Regelung der Bargeld- und Valutawirtschaft, sowie die Anschaffung von Reisezahlungsmitteln (RZM) für operative Zwecke bedeutete. Sie führte die Bearbeitung der Anträge zur Bereitstellung fremder Zahlungsmittel durch, und organisierte die Auslandsdienstreisen der zeitweilig im Ausland eingesetzten hauptamtlichen Mitarbeiter des MfS. Ihre Aufgabe war auch die Führung der Valutakasse für das gesamte MfS, d. h. die Bearbeitung der Barauszahlungen und Rückrechnungen.[28] Damit war die Abteilung 5 zuständig für die finanzielle Koordinierung aller Operativgruppen des MfS im sogenannten sozialistischen Ausland, sowie für alle Auslandseinsätze der hauptamtlichen Mitarbeiter. Anhand der Forint-

25 Eine Übersichtsdarstellung siehe: Dagmar Unverhau (Hrsg.): Lustration, Aktenöffnung, demokratischer Umbruch in Polen, Tschechien, der Slowakei und Ungarn. Referate der Tagung des BStU und der Akademie für Politische Bildung Tutzing vom 26.-28.10.1998. Münster 1999.

26 Roland Wiedmann (Hrsg.): Die Organisationsstruktur des Ministeriums für Staatssicherheit 1989. MfS-Handbuch. Berlin 1995. S.144-149.

27 Ebd. S. 147.

28 Ebd.

Auszahlungen, bzw. der Besoldungstabelle der hauptamtlichen Mitarbeiter der Operativgruppe, konnte nicht nur die Tätigkeit der Hauptamtlichen in den letzten Monaten des Jahres 1989 aufgeklärt werden, sondern es war überdies auch möglich, einen weiteren Offizier im Auslandseinsatz zu identifizieren: Major Orbán Baranyai war als Mitarbeiter der HA II, Hauptabteilung für Spionageabwehr, ab 1985 ebenfalls in Budapest eingesetzt.[29]

Die Kosten für der Tätigkeit der Operativgruppen an ihren jeweiligen Einsatzorten wurden vollständig in der entsprechenden ausländischen Währung beglichen. Dies wurde ebenfalls durch die Abteilung Finanzen durchgeführt. Die Auszahlungen in Forint geben einen anderen Einblick in das alltägliche Funktionieren der Operativgruppe in Budapest als die Einsatzpläne, Jahresberichte und IM-Akten der HA VI. Sie geben zudem über die Reisen der Offiziere innerhalb des Landes[30] und über die Summen, die an die einzelnen inoffiziellen Mitarbeiter (IM) ausgezahlt wurden, Auskunft.[31] 1988 gaben die Hauptamtlichen der Operativgruppe in Budapest – abzüglich der Löhne der Mitarbeiter – insgesamt 1.599.870 Ft[32] 'als Operativgelder' aus.[33]

Aus den Auszahlungsbögen für das Jahr 1989 geht ebenfalls hervor, dass die Operativgruppe noch in den letzten Tagen des Jahres in Budapest tätig war, worüber praktisch keine weiteren Unterlagen erhalten geblieben sind. Es wurden sogar im Dezember noch für das kommende Jahr, 1990, 1,5 Millionen Forint in bar von der Berliner Zentrale ausgezahlt. Der Betrag wurde allerdings im Februar 1990 durch die Botschaft der DDR in Budapest von Herbert Heckerodt zurückgezahlt.[34] Letzterer war eigentlich ein hauptamtlicher Mitarbeiter des MfS und von der HA II an die Botschaft delegierte worden. Seit dem 15. November 1989 war Heckerodt der neue Leiter der Operativgruppe.[35] Daraus geht eindeutig hervor, dass noch im Dezember 1989 Pläne vorlagen, die Tätigkeit des MfS in der Republik Ungarn weiterzuführen. Nach der Stürmung der Stasi-Zentrale durch DDR-Bürger am 15. Januar 1990, war es mit solchen Plänen nun jedoch endgültig vorbei.

Die Mitarbeiter der Abteilung 5 der Finanzabteilung führten auch die Einzelnachweise über die Guthaben der Angehörigen des MfS und des MdI, und erledigten die bei der Inanspruchnahme durch die Kontoinhaber anfallenden Aufgaben.[36] Unter den Beständen der Abteilung Finanzen finden sich auch Gehaltsabrechnungen und Nachweise über die Gehaltszahlungen der Hauptamtlichen der Operativgruppe in Ungarn. Im Monat November 1989 (!) haben die Mitarbeiter der HA VI zwischen 15.787 und 18.953 Ft verdient, was weit über dem Durchschnittslohn zu der Zeit lag. Die Mitarbeiter der HA II

29 BStU MfS Abt. Fin. Nr. 1778. S. 247.; BStU MfS Abt. Fin. Nr. 6000. S. 28.; BStU MfS Abt. Fin. Nr. 5262.; BStU MfS Abt. Fin. Nr. 2598.; BstU HA II. Nr. 31645.; BStU AR 2. HA KuSch AKG-KA Kaderkarteikarte Baranyai, Orbán; BStU MfS KS 24353/90 Baranyai

30 BStU MfS Abt. Fin. Nr. 1778. S. 247-267.; BStU MfS Abt. Fin. Nr. 6000. S. 28-75.

31 BStU MfS Abt. Fin. Nr. 1606.; BStU MfS Abt. Fin. Nr. 2322.

32 Der durchschnittliche Monatslohn war 1988 in Ungarn brutto 8.900 Ft. https://www.ksh.hu/docs/hun/xstadat/xstadat_hosszu/h_qli001.html (21.11.2023), die Summe von ca. 1,5 Mio Forint entspricht heute ca. 190.000 EUR. https://artortenet.hu/magyar-penzertekindex-arak-es-devizak-alapjan-1754-tol/ (24.01.2024)

33 BStU MfS Abt. Fin. Nr. 2442. S. 23-24.

34 BStU MfS Abt. Fin. Nr. 2322. S. 89.; BStU MfS Abt. Fin. Nr. 2442. S.21.

35 BStU MfS HA II. Nr. 38059. S. 10.; BStU MfS Sekr. Neiber Nr. 366. S. 3-4.; S.10.; BStU MfS Abt. X. Nr. 1415. S. 81-82.

36 Roland Wiedmann (Hrsg.): Die Organisationsstruktur des Ministeriums für Staatssicherheit 1989. MfS-Handbuch. Berlin, 1995. S.147.

erhielten zwischen 6.000 und 14.000 Ft, woraus geschlossen werden kann, dass sie ‚offiziell' an der Botschaft der DDR angestellt waren, und diese Summen nur als eine Art Lohnzuschuss erhielten.[37]

Die hauptamtlichen Mitarbeiter des MfS im Auslandseinsatz, haben einen Teil ihres Lohnes, bzw. den Zuschuss für den Auslandsaufenthalt als Guthaben auf sogenannten GENEX-Konten[38] erhalten. Diese Konten wurden ebenfalls von der Abteilung Finanzen geführt, die entsprechenden Unterlagen, wie z. B. die Belege der Konten der Hauptamtlichen der Operativgruppe in Ungarn sind aus diesem Grund ebenfalls im Bestand der Abteilung Finanzen aufzufinden.[39] Aus diesen Akten der hauptamtlichen Mitarbeiter geht hervor, dass im Laufe des Jahres 1989 die angesammelten, bzw. während dieses Jahres entstandenen Summen auf sogenannte Transferkonten umgebucht, praktisch von der Abteilung Finanzen eingezahlt worden sind.[40] Zu Weihnachten 1989 haben die Hauptamtlichen der Operativgruppe noch Schokolade, Damen- und Kinderbekleidung und Haushaltsgeräte für ihre eigene Familie aus dem GENEX-Katalog bestellen können.[41] Die Restsummen auf ihren Konten haben sie noch im Frühjahr 1990, als die Auflösung des MfS schon längst begonnen hatte, ausgeben können. Die meisten von ihnen kauften sich aus ihren Ersparnissen Autos, wie z. B. Ladas und Trabanten über GENEX,[42] die Restsummen wurden ihnen im Mai (!) 1990 vollständig in bar ausgezahlt.[43]

Forschungsergebnisse und offene Fragen

Anhand der Analyse der relevanten Archivbestände lässt sich die Geschichte der Operativgruppe in Ungarn detailliert nachzeichnen. In den ersten anderthalb Jahrzehnten war die Tätigkeit der 1964 gegründeten Diensteinheit durch die saisonale Anwesenheit im Land und einen intensiven Kontakt zum ungarischen Partner gekennzeichnet. In diesem Zeitraum unterstützte die ungarische Staatssicherheit die Stasi bei der Kontrolle der ost- und westdeutschen Touristen, die in Ungarn ihren Urlaub verbrachten, durchaus aktiv: Die ersten Jahre sind somit als eine Periode der Zusammenarbeit zu betrachten, die tatsächlich auf Gegenseitigkeit beruhte. Die Operativgruppe arbeitete in den ersten Jahren nach ihrer Gründung auf nahezu unbekannten Terrain und unter Rahmenbedingungen, die sich im System der „verlängerten Mauer" noch nicht herausgebildet hatten, somit war sie in jeglicher Hinsicht auf die Hilfe der Kollegen vor Ort angewiesen. Man bemühte sich in erster Linie Informationen über gemeinsame deutsch-deutsche Urlaube, geplante Fluchtversuche und Aktionen von „Schleuserbanden" zu beschaffen, allerdings reagierte man in der Regel nur im Nachhinein auf die Ereignisse, von denen man Kenntnis erlangte. Auf der Grundlage der gemeinsamen Erfahrungen sammelte die Staatssi-

37 Die Regelung zur Gehaltsabrechnung der im „sozialistischen Ausland tätigen operativen Mitarbeiter des Bereiches Auslandstourismus der HA VI." BStU MfS Abt. Fin. Nr. 1422. S. 2-7.; BStU MfS Abt. Fin. Nr. 2598. S. 261-266.

38 Die Geschenkdienst- und Kleinexporte GmbH, kurz GENEX, war ein von der Regierung der DDR gegründetes Unternehmen, wodurch die in der BRD lebenden Verwandten aus einem jährlich ausgegebenen Katalog meist in der DDR produzierte Waren durch Überweisung von D-Mark direkt an die Verwandten in die DDR zuschicken lassen konnten. Das Unternehmen war eine wichtige Institution für die Valutaanschaffung der DDR. Helmut Caspar: DDR-Lexikon. Von Trabi, Broiler, Stasi und Republikflucht. Petersberg 2009. S. 128.

39 BStU MfS Abt. Fin. Nr. 5262.; BStU MfS Abt. Fin. Nr. 5263.

40 BStU MfS Abt. Fin. Nr. 5262. S. 166-210.

41 BStU MfS Abt. Fin. Nr. 5263.; Bernd Rommel, langjähriger Mitarbeiter der Operativgruppe hat sogar für die Familie seiner Kollegen im Auslandseinsatz, Peter Langner, Schokolade und Kaugummis zuschicken lassen. BStU MfS Abt. Fin. Nr. 5263. S. 217.

42 BStU MfS Abt. Fin. Nr. 5263. S. 214.

43 BStU MfS Abt. Fin. Nr. 5262. S. 7-8.

cherheitsorgane mit der Zeit jenes Erfahrungswissen, auf dem die spätere, systematischere Arbeit der Operativgruppen begründete werden konnte und das die Voraussetzung für die umfassende staatssicherheitsdienstliche Kontrolle in den späteren Jahren bildete.

Die wichtigste Zäsur in der Geschichte der Operativgruppen war die Umstrukturierung im Jahr 1971, infolge derer die Leitung der Diensteinheiten im Ausland der neu gegründeten Hauptabteilung VI unterstellt wurde.[44] Die Schaffung der Hauptabteilung VI zielte auf die intensivere und umfassendere Kontrolle des Tourismus und Reiseverkehrs in und aus der DDR. Die Verlegung der Operativgruppen zielte somit auf die Perfektionierung des Systems der ‚verlängerten Mauer'. Von diesem Zeitpunkt an sind eine ganze Reihe von Maßnahmen zur systematischen Aufklärung von Fluchtvorhaben innerhalb der ostdeutschen Bevölkerung sowie die detaillierte Planung und Durchführung saisonaler staatssicherheitsdienstlicher Arbeit im Ausland zu beobachten. Die Aufgabe der Operativgruppen richtete sich in der ersten Hälfte der 1970er Jahre im Zuge der Professionalisierung ihrer operativen Arbeit zunehmend auf die Aufklärung der „feindlichen politisch-ideologischen Diversion".[45] Immer mehr Informationen bezogen sich auf einfache – und im Allgemeinen harmlose – Gespräche sowie auf die Kontaktaufnahme zwischen Ost- und Westdeutschen. Hinter dieser neuen Tendenz lässt sich die Absicht erkennen, die DDR-Bürger bei ihrem Urlaub nun umfassend und „flächendeckend" zu beobachten und die Struktur der Staatssicherheit, die innerhalb der Grenzen der DDR längst etabliert war und sich – aus Sicht der Machthaber – auch bewährt hatte, nun auch auf die operative Praxis im System der „verlängerten Mauer" zu übertragen.

Nachdem sich die Veränderungen in der operativen Praxis etabliert hatten, trat auch in der Zusammenarbeit der beiden Bruderorgane eine Veränderung ein: Die von der Stasi im Ausland eingesetzten hauptamtlichen Offiziere waren immer weniger auf die Hilfe der ungarischen Bruderorgane angewiesen, die Tätigkeit der Diensteinheit verlief im Laufe der 1970er Jahre immer reibungsloser und unabhängiger von den ungarischen Kollegen. Diese Tendenz hielt praktisch bis zum Ende der 1980er Jahre an. Währenddessen stellten die sich wandelnden Kriterien bei der Kontrolle des Tourismus die vormals auf Gegenseitigkeit basierenden Beziehungen vor eine Zerreisprobe, denn während auf ungarischer Seite die Kontrolle des Auslandstourismus zunehmend laxer gehandhabt wurde, pochte man auf der DDR-Seite auf eine Verschärfung der Kontrollen. Die offiziellen Vertreter der DDR und die Stasi-Offiziere erwarteten praktisch von jedem ungarischen Staatsbürger – vor allem aber von den staatlichen Angestellten im Bereich des Fremdenverkehrs –, er solle im Geiste der Solidarität unter den sozialistischen Ländern Treffen zwischen ost- und westdeutschen Touristen um jeden Preis verhindern. Diese Forderung stand freilich quer zu den unmittelbaren wirtschaftlichen Interessen des ungarischen Tourismussektors.

In den 1980er Jahren richtete sich die Aufmerksamkeit der ungarischen Organe des Inneren bereits grundlegend auf die Aufklärung allgemeiner Straftaten im Zusammenhang mit dem Tourismus wie Diebstähle und Schmugglerbanden, beziehungsweise auf Straftaten wirtschaftlicher Art, so etwa Devisen- und Zollvergehen.

44 Monika Tantzscher: Hauptabteilung VI: Grenzkontrollen, Reise- und Touristenverkehr. Berlin 2005.

45 Im Wortgebrauch der kommunistischen Staatssicherheitsdienste wurde jeder Art von ideologischen Einflüsse aus dem Westen, sowie abweichende Gedanken bezüglich des politischen oder gesellschaftlichen Systems Diversion genannt. Roger Engelmann, et.al (Hrsg.): Das MfS-Lexikon. Berlin 2011. S. 67.

Auf der Grundlage der aufgearbeiteten Dokumente war es leider nicht möglich festzustellen, ab wann genau sich der Leiter der Operativgruppe und die ihm direkt unterstehenden Mitarbeiter – in der Regel zwei bis drei hauptamtliche Offiziere der Staatssicherheit – bereits über das ganze Jahr in Budapest aufhielten. 1975 wurde zwar geplant, dass der Leiter der Diensteinheit von Siófok nach Budapest ziehen sollte, um so leichter den Kontakt zu den ungarischen Organen zu pflegen zu können, jedoch wurde dieser Plan damals nicht verwirklicht.[46] Mit aller Sicherheit ist diese Veränderung jedoch auf die erste Hälfte der 1980er Jahre zu datieren, denn aus den Akten geht hervor, dass in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts die Mitglieder der Operativgruppe, die für die Saison am Balaton eintrafen, ihre Aufgaben lediglich ergänzend zu der Tätigkeit derjenigen ausführten, die durchgängig hier arbeiteten.

Auch die Namen der jeweiligen Leiter der Diensteinheit lassen sich aus der Überlieferung nicht lückenlos entnehmen: Zwischen 1964 und 1968 leitete Fritz Busch die Operativgruppe,[47] 1969 Bodo Troschke,[48] 1970/71 übernahm dann Hauptmann Martin Riemer die Leitung der Diensteinheit.[49] Für den Anfang der 1970er Jahre sind die Informationen lückenhaft, 1973 bis 1976 leitete Hans Deutscher die Gruppe,[50] doch der Name des führenden Offiziers im Folgezeitraum bis 1983 konnte nicht ermittelt werden. Ab 1983 ist auf der Grundlage mehrerer Dokumente eindeutig festzustellen, dass Holger Baldauf[51] und ab 1987 Heinz Weller die Tätigkeit der in Ungarn eingesetzten Diensteinheit der Stasi leiteten.[52]

Die Anzahl der von der Operativgruppe beschäftigten inoffiziellen Mitarbeitern lässt sich ebenfalls nicht genau benennen, jedoch können drei Gruppen von inoffiziellen Mitarbeitern unterschieden werden: Während der gesamten Zeit gab es das saisonal eingesetzte, „klassische“ Spitzel-Netzwerk, die Gruppe der IM, sowie hauptamtlicher Offiziere der Stasi, die am Balaton – privat oder im Rahmen einer „operativen Aufgabe” – Urlaub machten. Ihre Zahl steigt über die Jahre kontinuierlich an, sowohl am Nord- als auch am Südufer des Balatons kann die Anwesenheit von ca. 16–18 IM in den 1980er Jahren festgestellt werden. Neu hinzu kommt eine Gruppe von Spitzeln, die sogenannten hauptamtlichen IM, HIM (hauptamtliche inoffiziellen Mitarbeiter)[53] genannt, die ab Ende der 1970er Jahren immer öfter eingesetzt wurden. Die dritte Gruppe der inoffiziellen Mitarbeiter rekrutierte sich in den 1980er Jahren aus DDR-Bürgern, die ihren festen Wohnsitz in dem betreffenden sozialistischen Land – konkret also in Ungarn – hatten, und beispielsweise dort studierten, im Außendienst arbeiteten oder sich nach Eheschließung dort niedergelassen hatten. In der zweiten Hälfte der 1980er Jahre bestanden somit zwei unabhängige Agenten-Netzwerke nebeneinander: Das eine umfasste die Spitzel, die saisonal am Balaton aktiv waren und nur für einige Wochen, nämlich für die Zeit ihres eigenen Urlaubs dort eingesetzt wurden. Hinzu kamen hauptamtliche Inoffizielle Mitarbeiter (HIM), die z.B. als Reiseleiter oder Touristenbetreuer beschäftigt waren und ebenfalls nur einige Wochen, maximal anderthalb Monate während einer Saison am Balaton verbrachten. Das zweite Netzwerk jedoch war fortlaufend über das ganze Jahr aktiv, denn dieses bestand aus DDR-Bürgern, die ganzjährig Ungarn arbeiteten

46 BStU MfS HA VI. Nr. 17030. S. 70.
47 BStU MfS KS Nr. 3664/90. S. 64., S. 69, S. 73., S. 192.
48 BStU MfS KS Nr. 20604/90. S. 53.
49 BStU MfS KS Nr. 8694/90.
50 BStU MfS KS Nr. 7443/90. S. 97., S. 103., S. 124.
51 BStU MfS Abt. X. Nr. 1631. S. 56.; BStU MfS KS Nr. 23802/90. S. 6., S. 72-76.
52 BStU MfS Abt. X. Nr. 62. S. 170.; BStU MfS KS Nr. 7690/90. S. 4., S. 155.
53 HIM, hauptamtlicher inoffizieller Mitarbeiter. Ralf Blum, et.al. (Hrsg.): Abkürzungsverzeichnis. Häufig verwendete Abkürzungen und Begriffe des Ministeriums für Staatssicherheit. Berlin 2009. S. 39.

oder studierten. Sie wurden von Führungsoffizieren der MfS-Operativgruppe angeleitet. Der Ausbau dieses Netzwerkes begann Mitte der 1980er Jahre, und wie aus den Arbeitsakten ersichtlich ist, bestand seine Aufgabe nicht so sehr darin die DDR-Bürger bei ihrem Urlaub zu beobachten als vielmehr über die politischen und gesellschaftlichen Veränderungen und die allgemeinen Stimmung in Ungarn zu berichten. Zudem informierten solche MfS-Beobachter, die lange Zeit in Ungarn arbeiteten, eher über ihre eigenen – häufig ebenfalls angeworbenen – Kollegen und deren Westkontakte, als über ihre Landsleute, mit denen sie beruflich in Kontakt kamen, da diese z. B. ein Restaurant oder ein DDR-Reisebüro besuchten. Ferner geht aus den Dokumenten zur Zusammenarbeit mit den ungarischen Staatssicherheitsorganen eindeutig hervor, dass die ungarische Staatssicherheit nicht über die konkrete Arbeit, die Größe und das Ausmaß dieses ständigen Agenten-Netzwerkes im Bilde war.

Unter den Ländern des sowjetischen Blocks hatte die DDR-Stasi das ausgedehnteste Netzwerk im Bereich der staatssicherheitsdienstlichen Zusammenarbeit. Zwar verfügte der KGB mit Sicherheit über die meisten hauptamtlichen Offiziere in den Ländern der sowjetischen Interessensphäre, doch von ihrer Tätigkeit waren vermutlich auch den damaligen „Partnern“ keine Details bekannt, ihre Präsenz in den Ländern des Ostblocks kann somit nicht als Teil einer bilateralen Kooperation betrachtet werden.[54] Für die Forschung zur Kooperation der einzelnen nationalen Staatssicherheitsdienste ist besonders die Frage von Bedeutung, inwiefern die einzelnen bilateralen Kooperationen der Staatssicherheitsorgane von Moskau aus gelenkt wurden, bzw. inwieweit sie mit dem Wissen des KGB initiiert wurden, oder ob sie auf die unabhängige Initiative der einzelnen Ländern zurückgehen und somit tatsächlich als bilaterale Kooperationen im engeren Sinne zu betrachten sind.

Was die intensive Phase in der Zusammenarbeit der Stasi und des ungarischen Innenministeriums zwischen 1961 und 1989 anbelangt, konnte im Rahmen des Forschungsprojekts in den Archiven, in denen die Dokumente der beiden Dienste aufbewahrt werden, kein einziges Schriftstück, ja nicht einmal ein Hinweis gefunden, der darauf hindeutet, dass die Kooperation zwischen den beiden Organen auf Initiative oder Anweisung des KGB entstanden ist, von ihm gelenkt wurde oder sie irgendwie dazu ermutigt worden wären. Die Gründung der Operativgruppen, die lange Jahre einen festen Bestandteil im System der ‚verlängerten Mauer‘ darstellten, entstand folglich dezidiert auf Initiative Ost-Berlins. Da ihre Hauptaufgabe in der Kontrolle der eigenen Staatsbürger bestand und darauf ausgerichtet war zu verhindern, dass diese das Land verließen, unterschied sich die Praxis des MfS grundlegend von denjenigen Operativgruppen, die in den Hauptstädten der anderen sozialistischen Länder an sogenannten Residenturen mit nachrichtendienstlichen Aufgaben betraut waren.

Die Tätigkeit der Operativgruppe des MfS in Ungarn verdient jedoch nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Zusammenarbeit mit der ungarischen Staatssicherheit, die vermutlich in dieser Region am intensivsten war, besondere Aufmerksamkeit. Es ist ausgesprochen selten, dass der für die innere Sicherheit zuständige Dienst eines Staates in einem solchen Ausmaß im Ausland, noch dazu auf dem Territorium eines befreundeten Landes, präsent ist, um dort in Ausübung „klassischer“ nachrichtendienstlicher Tätigkeiten seine eigenen Staatsbürger oder die eines dritten, jedoch befreundeten Landes zu

54 Magdolna Baráth: Adalékok a magyar és szovjet hírszerző szervek együttműködéséhez. [Beiträge zur Zusammenarbeit der ungarischen und sowjetischen Nachrichtendienste.] In: Gábor Bánkuti, Magdolna Baráth, János Rainer M. (Hrsg.): Megértő történelem. Tanulmányok a hatvanéves Gyarmati György tiszteletére. [Geschichte verstehen. Festschrift für György Gyarmati zum 60. Geburtstag.] Budapest 2011. S. 29-42.

überwachen. Zwar konnten die Operativgruppen der DDR-Staatssicherheit in den befreundeten Ländern – mit Ausnahme von Rumänien und Jugoslawien – zunehmend eigenständiger arbeiten, nichtsdestoweniger kann man bis zuletzt von einer aktiven Kooperation der beiden Länder sprechen, obgleich sich der Nutzen mit der Zeit eher zugunsten der Stasi verschob.

Unter allen staatssicherheitsdienstlichen Kooperationen der ungarischen Staatssicherheit war wohl die Verbindung mit der DDR am intensivsten, auch wenn die Zusammenarbeit zwischen den beiden Organen über die Jahre zunehmend asymmetrischer wurde. Die Kooperation zwischen den beiden Organen unterlag über die Zeit jedoch erheblichen qualitativen und quantitativen Veränderungen: Über die gesamte Dauer der Kooperation hinweg nahmen die Informationsanfragen vonseiten der Stasi zu, insgesamt wurde das gesamte Spektrum der Kooperationen zwischen den beiden Organen immer breiter und die Kooperation selbst zunehmend professioneller. Ein abschließendes Urteil, darüber welches Gewicht die Kooperationen mit den Bruderorganen aus Sicht der ungarischen Staatssicherheit hatten, kann jedoch erst dann gefällt werden, wenn die gesamten bilateralen staatssicherheitsdienstlichen Kooperationen einer systematischen historischen Aufarbeitung unterzogen werden.

Die einzelnen Organe der Staatssicherheitsdienste stellten bei ihrer Tätigkeit zunehmend die politischen und wirtschaftlichen Interessen ihres eigenen Staates in den Mittelpunkt und arbeiteten, indem sie die früheren Kooperationen aufrechterhielten, in zunehmendem Maße sogar „gegeneinander". Neben der freundschaftlichen Hilfeleistung, die in den Kooperationsabkommen schriftlich festgehalten wurde, waren der ungarischen Staatssicherheit – was weder überrascht noch zu verurteilen ist – die eigenen Interessen und Aufgaben wichtiger. Die machte auf die Kollegen in der DDR freilich den Eindruck als würden ihre Anfragen und Interessen zunehmend in den Hintergrund gedrängt. Die Bereiche der Zusammenarbeit zwischen den ostdeutschen und ungarischen Staatssicherheitsorganen, die den Interessen beider Seiten dienten, waren wirtschaftlicher und politischer Natur und richteten sich unter anderem auf oppositionelle Gruppen, Künstler und Kirchenleute, deren Akteure über Grenzen hinweg kooperierten, gemeinsame Aktionen organisierten oder sich einfach mit Gesinnungsfreunden trafen, die in anderen sozialistischen Ländern lebten. Wie das gemeinsame Vorgehen gegen Schriftstellern oder Geistlicher zeigt, machten diese Akteursgruppen innerhalb des sozialistischen Blocks die Zusammenarbeit der Staatssicherheitsdienste unumgänglich.

Die Beziehung, die die beiden Organe zueinander unterhielten, machten zwar nur einen Teil ihrer Kooperationen aus, doch ermöglicht bereits die Untersuchung der Zusammenarbeit der Staatssicherheitsdienste der DDR und Ungarns eine Neu- beziehungsweise Umdeutung jener Ergebnisse, die uns von dem gesamten osteuropäischen Netzwerk der staatssicherheitsdienstlichen Kooperationen bislang zur Verfügung stand.

Was die Zusammenarbeit zwischen der ungarischen und der DDR-Staatssicherheit anbelangt, bleibt die Frage offen, ob auch für die Phase der Zusammenarbeit ab Mitte der 1960er weiterhin die Maßgabe verpflichtend war, dass gemeinsame Operationen nur auf Geheiß Moskaus und unter aktiver Teilnahme des KGB in Angriff genommen werden durften.

In der Zeit vor dem Zusammenbruch des sowjetischen Blocks beziehungsweise in den Jahren der Wende, die rasche Veränderungen bewirkten, lockerte sich auch das System der Kooperationen zwischen den Staatssicherheitsorganen.

Das Paneuropäische Picknick und die Gedenkstätte des Picknicks in Sopronpuszta (Ungarn)

1988 wurde in Ungarn der Abbau des ‚Eisernen Vorhangs' – der Grenzschutzanlagen an der stark gesicherten Grenze zu Österreich – vorbereitet und ab 1989 umgesetzt. Als ungarische Aktivisten im August 1989 ein Treffen an der Grenze organisierten, nutzten zahlreiche DDR-Bürger die Gelegenheit zur Flucht. Bald nach dem Paneuropäischen Picknick wurde die Grenze vollständig geöffnet. Das Paneuropäische Picknick wurde in den vergangenen Jahrzehnten auch außerhalb Ungarns zu einem feststehenden historischen Begriff – damit hatten die Organisatoren der Veranstaltung damals wohl kaum gerechnet. Das Treffen an der Grenze verschaffte nicht nur zahlreichen DDR-Bürgern eine Möglichkeit zur ‚Flucht in die Freiheit', sondern mündete schließlich in die Grenzöffnung und brachte die Berliner Mauer zu Fall.

Die Sicherung der südlichen und westlichen Grenzen Ungarns begann im Frühjahr 1949, nach dem politischen Bruch zwischen der Sowjetunion und Jugoslawien. Am österreichisch-ungarischen und am jugoslawisch-ungarischen Grenzabschnitt erfolgte der festungsartige Ausbau der Grenzzäune und die Verlegung von Minen in mehreren Phasen. Bis Ende 1950 wurden an den beiden Abschnitten Drahtzäune auf einer Länge von 1000 km verlegt, 871 km davon vermint. 1970 wurde die unfallanfällige und technisch überholte Minensperre von einer elektronischen Signalanlage (EJR SZ-100) abgelöst, wodurch sich die Grenzüberwachung noch einmal verschärfte.

Der ungarische rote (links) und der blaue Weltpass (rechts)

Ab 1988 konnten ungarische Staatsbürger jedoch einen weltweit gültigen Pass, den „Weltpass", beantragen, wodurch sich die strenge Überwachung der Westgrenze erübrigte. In Folge eines Generationenwechsels auf der obersten Führungsebene der Grenztruppen begannen 1988 die Vorbereitungen zur und ab 1989 die Umsetzung der Demontage des Eisernen Vorhangs. So baute die ungarische Grenztruppe ab Frühling 1989 an der österreichisch-ungarischen Grenze die elektronische Signalanlage ab. Noch bevor die DDR bzw. die Staatssicherheit auf amtlichem Weg über diese Maßnahmen in Kenntnis gesetzt worden waren, informiert man am 2. Mai 1989 im Rahmen einer internationalen Pressekonferenz praktisch die ganze Welt über das Vorhaben. Erste Informationen darüber, dass sich in Ungarn sowohl beim Grenzschutz, als auch bei der auf ungesetzliche Grenzübertritte gerichteten Auslieferungspraxis etwas verändern werde, erhielt die Stasi aus Berichten von DDR-Staatsbürgern, die in Ungarn lebten und von der Operativgruppe als inoffizielle Mitarbeiter (IM) angeworben worden waren.[55] Da die bautechnische Vorrichtungen zur ‚Sicherung' der ungarisch-österreichische Grenzzone im ersten

55 BStU MfS AIM 13155/91. T.II/1.

Halbjahr 1989 abgebaut worden waren, gelangten immer mehr DDR-Bürgern trotz verstärkter Tiefenkontrollen über die nun grüne Grenze nach Österreich.

Neben der Demontage des Eisernen Vorhangs erfolgte auch auf juristischer Ebene eine mindestens Ebenso bedeutende Veränderung, denn am 17. März 1989 trat Ungarn der Genfer Flüchtlingskonvention bei, eine Entscheidung die am 12. Juni rechtskräftig wurde. Die bis dahin alltägliche Praxis der Auslieferung ostdeutscher ‚Grenzverletzer' änderte sich durch den Beitritt Ungarns zur Konvention grundlegend. Seit Juni versuchten immer mehr DDR-Bürger über die teils schon abgebauten ungarisch-österreichischen Grenzabschnitte in die BRD zu gelangen. Die massenhafte Abwanderung der ostdeutschen Bevölkerung läutete das Ende der vierzigjährigen Existenz der Deutschen Demokratischen Republik ein. 1988/1989 strömten DDR-Staatsbürger in die Prager und Warschauer Botschaften der Bundesrepublik Deutschland sowie in die Ständige Vertretung der Bundesrepublik in Ostberlin, ja sogar in die dortigen Botschaften Dänemarks und der Vereinigten Staaten. Andere versuchten in Ungarn ihre Ausreise zu erzwingen, indem sie in der BRD-Botschaft in Budapest Zuflucht suchten. Anfang August erreichte die Anzahl der DDR-Flüchtlinge ein kritisches Ausmaß, die BRD-Botschaft mietete Wohnungen für die Familien an, der Malteser Hilfsdienst und das Rote Kreuz richteten Flüchtlingslager ein. Bis Ende des Sommers verweigerten immer mehr DDR-Bürger die Rückkehr in die DDR, zugleich wuchs der internationale Druck auf die ungarische Regierung.

Am 27. Juni 1989 kam es bei zwischen Klingenbach und Sopron zu einem symbolträchtigen Treffen: Die damaligen Außenminister von Österreich und Ungarn – Gyula Horn und Alois Mock – durchschnitten die Drahtzäune und damit einen Teil des Eisernen Vorhangs, der jahrzehntelang West- und Osteuropa getrennt hatte. Dabei war diese feierliche Aktion im Grunde bloß ein genialer Medien-Coup, denn der Abbau der Sperranlagen hatte auf ungarischer Seite bereits fast zwei Monate vorher begonnen. Viele wussten indes nicht, dass an der Stelle, an der die beiden Politiker aufeinandertrafen, gar keine Grenzbefestigungsanlagen mehr standen, sondern vielmehr eigens für diese Aktion wieder aufgebaut worden waren.

Die Idee von einem Picknick an der Grenze, das als „Demonstration der mitteleuropäischen Völker und Gemeinschaften für ein freies Europa" geplant war, stammt von der Ortsgruppe des Ungarischen Demokratischen Forums (MDF) aus Debrecen, die die Soproner Oppositionellen für die Veranstaltung gewinnen konnte. Für das Treffen der Bewohner der Nachbardörfer aus Österreich und Sopron wurde ein kleiner Grenzabschnitt ausgewählt, der seit 1949 völlig gesperrt war. Die Organisatoren konnten nicht nur die Leiter der Grenztruppen und der örtlichen Grenzwache, sondern sogar Otto von Habsburg und Staatsminister Imre Pozsgay, den damaligen Staatsminister Ungarns als Schirmherren für die Idee gewinnen. Die genaue Teilnehmeranzahl ist bis heute nicht bekannt, einige Quellen sprechen sogar von mehr als 10.000 Personen, eine Zahl, die

wir auf Grundlage unserer eigenen Forschungen für deutlich zu hoch halten. Das Motto der Veranstaltung lautete „Baue ab und nimm mit!“, wobei die Besucher tatsächlich Stücke aus dem Stacheldrahtzaun, d. h. von der elektrischen Signalanlage, mitnahmen.

Informationen zur Organisation des Paneuropäischen Picknicks tauchen trotz der verschärften Kontrollen nur in einer einzigen Akte der DDR-Staatssicherheit (MfS) auf und zwar im Bericht des damaligen Budapester Botschafters der DDR, Gerd Vehres, vom 11. August:

„Örtliche Organisationen ungarisches Demokratenforum von Debrecen und Sopron führen 19.08. im Grenzgebiet zu Österreich (zwischen Sopron und St. Margarethen, in Nähe Neusiedler See) Picknik am geöffneten ‘eisernen Vorhang’ durch. Schirmherren sind Staatsminister Pozsgay und Otto von Habsburg [...]. Mit Lagerfeuer an Grenze soll Aufruf zur Überwindung Teilung Europas erfolgen. Teilnehmer sollen aus Ungarn und Österreich kommen. In Budapest akkreditierter Botschafter dazu eingeladen. Botschafter SL konsultieren gegenwärtig ihre MfAA. SU-Botschafter will Teilnahme eines Diplomaten vorschlagen. Tschechoslowakischer Botschafter vertritt Auffassung, dass Teilnahme nicht zweckmäßig. Angesichts gegenwärtiger Situation halte ich Teilnahme unsererseits nicht zweckmäßig. Erbitte Entscheidung.”[56]

Zum friedlichen Treffen am Nachmittag des 19. August erschienen plötzlich hunderte DDR-Bürger, die Richtung Grenzzaun liefen. Beim provisorischen Grenztor kontrollierten einige Grenzsoldaten die Pässe und Ausweise der Österreicher und Ungarn, mit der plötzlich entstandenen Situation war die Grenzwache aber überfordert. Dem leitenden Offizier, Árpád Balla, lagen keinerlei Anweisungen für diesen Fall vor, niemand hatte mit einer so großen Zahl von DDR-Bürgern gerechnet. Diese durchbrachen den Grenzzaun und das Tor innerhalb von Minuten und flüchteten nach Österreich. Ihre Anzahl ist bis heute umstritten; feststeht, dass sich am 19. August 1989 in der BRD-Botschaft in Wien 661 DDR-Bürger anmeldeten. Die Nachrichten über die Ereignisse verbreiteten sich in der internationalen Presse, lösten jedoch keinen diplomatischen oder politischen Skandal aus – lediglich die offiziellen Stellen der DDR protestierten. Daher wird das Picknick und die Massenflucht von DDR-Flüchtlinge auch als „Generalprobe“ für die Grenzöffnung gesehen.

Die DDR-Staatssicherheit versuchte unmittelbar nach dem Paneuropäischen Picknick, die Ereignisse und die genaue Zahl der Geflüchteten teils anhand von Pressenachrichten, teils anhand der Informationen des ungarischen Innenministeriums zu rekonstruieren:

„Trotz vorliegender Informationen, dass bei sogenanntem Paneuropäischen Picknik provokatorische Durchbruchversuche DDR-Bürger zu erwarten, ungenügende Absicherung durch Grenzorgane. Ungarische Presse berichtet heute, dass de facto für 1 ½ Stunden Grenzübertritt ohne Kontrolle möglich war. Mitteilung Grenztruppen spricht von mehr als 150 DDR-Bürger, während Presse 360 nennt.”[57]

Im Stab der Stasi herrschte zu dieser Zeit bereits eine beachtliche Orientierungslosigkeit, was sich auch in der Korrespondenz niederschlägt. Erst am 11. September, also am Tag der Grenzöffnung, wurde bei der Budapester Operativgruppe angefragt, ob sie tatsächlich nichts von der für den 19. August 1989 bei Sopron geplanten „massenhaften Menschenschmuggelaktion“ gewusst habe. Die Antwort erfolgte fast einen Monat später und somit sechs Tage *nach* der Grenzöffnung:

„Der OPG lagen weder offizielle noch inoffizielle Hinweise über die Teilnahme von Bürgern der DDR an dieser Veranstaltung vor, auch durch das ungarische Bruderorgan

56 BStU MfS HA II. Nr. 38059. S. 29.
57 BStU MfS HA II. Nr. 38059. S. 60.

gab es keinerlei Informationen darüber. Die Publizität dieser Veranstaltung konzentrierte sich auf den Raum Sopron, wo sich zu diesem Zeitpunkt eine größere Anzahl von Bürgern der DDR aufhielt, die bereits mehrfach den Versuch des ungesetzlichen Grenzübertritts unternommen hatten und durch eine Werbekampagne für dieses Treffen angelockt wurden. […] Über die Organisierung der Massenflucht durch Vertreter westlicher Massenmedien wurde weder davor, noch nachher der OPG etwas bekannt. [...] Auch das ungarische Bruderorgan zeigte sich von diesem Vorkommnis überrascht und teilte auf meine Anfrage mit, dass es sich hier um eine spontane Aktion der sich im Grenzgebiet bei Sopron aufhaltenden Bürger der DDR gehandelt hat, worüber vorher keine Informationen vorlagen. [...]"[58]

Im Vorfeld der Grenzöffnung setzte die ungarische Regierung zum 11. September um Mitternacht die Paragrafen 6. und 8. des auf das Jahr 1960 datierenden Abkommens mit der DDR über den visafreien Reiseverkehr vorläufig aus. Ungarn hatte sich in diesem Abkommen verpflichtet, keine DDR-Staatsbürger in Drittstaaten ausreisen zu lassen. Nach der offiziellen Grenzöffnung verließen bis zum 16. September 1989 insgesamt 14.000 DDR-Bürger Ungarn. Bis zum 20. September wuchs diese Zahl auf 22.000, denn nachdem sich die Nachricht von der Grenzöffnung in der DDR verbreitet hatte, reisten immer mehr DDR-Bürger nach Ungarn.

Sein letztes unmittelbares Opfer forderte der Eiserne Vorhang am 21. August 1989 in der Nähe der ungarischen Ortschaft Zsira und des mittelburgenländischen Lutzmannsburg. Kurt-Werner Schulz, ein 36-jähriger Architekt aus Weimar, versuchte mit seiner Lebensgefährtin und ihrem sechsjährigen Sohn über die zu diesem Zeitpunkt längst grüne Grenze zu gelangen. Ihr Versuch misslang. Der junge Mann wurde während eines Handgemenges von einem ungarischen Wehrpflichtigen erschossen. Vier Tage später am 25. August 1989 kam es auf Schloss Gymnich bei Bonn zu streng geheimen Verhandlungen zwischen dem deutschen Bundeskanzler und dem ungarischen Ministerpräsidenten sowie zwischen den beiden Außenministern. Über die Gesprächsteile, die die Flüchtlingsfrage betrafen, wurden keine – sonst üblichen – diplomatischen Aufzeichnungen erstellt. Den Inhalt der Gespräche hielt Außenminister Hans-Dietrich Genscher nachträglich für den Bundeskanzler fest. Miklós Németh gab hier angeblich das Versprechen ab, die Flüchtlinge am 11. September 1989, also noch vor dem CDU-Parteitag in Bremen, über Österreich aus Ungarn ausreisen zu lassen.

Die ungarische Grenzöffnung 1989 und die deutsche Wiedervereinigung brachte in den vergangenen Jahrzehnten eine Vielzahl von Interpretationen der damaligen historischen Ereignisse hervor. Die Ereignisse des Jahres 1989 sind für die ungarische und deutsche – ja sogar für die österreichische – Seite innerhalb kürzester Zeit zu einem Teil der symbolischen politischen Kommunikation geworden und nehmen in den gedruckten und elektronischen Medien ebenso viel Platz ein wie sie im Internet Speicherplatz belegen. Die Erinnerung an die Ereignisse begann bereits in den frühen 90er Jahren, das Thema wurde und ist bis heute von geschichtspolitischen Debatten dominiert. Eines der anlässlich der Grenzöffnung errichteten Denkmäler erinnert an den Mediencoup von Horn und Mock. Es ist das wahrscheinlich am besten versteckte Denkmal überhaupt, es steht unbeachtet in einem Wald nordwestlich von Sopron. Kein Hinweisschild weist den Weg dorthin und auch in der näheren Umgebung kennt kaum jemand das Denkmal, das an die Grenzöffnung von 1989 erinnert.

An der Stelle, wo der Grenzübergang von den Flüchtlingen während des Paneuropäischen Picknicks durchbrochen wurde, hat man 1991 eine Gedenksäule errichtet. An-

58 BStU MfS HA II. Nr. 38060. S. 56.

schließend wurde eine von der Stadt Debrecen gestiftete Seelenglocke im neu angelegten Gedenkpark aufgestellt, wo ebenfalls ein von der Japanisch-Ungarischen Freundschaftsgesellschaft aufgestelltes pagodenartiges Gebäude und ein Brunnen eingeweiht wurden. Im Jahr 1996 wurde auf dem Aussichtspunkt des Steinbruchs von Kroisbach, der einige Kilometer vom Durchbruchsort entfernt liegt, ein Kunstwerk von Gabriela von Habsburg aufgestellt. Die 10 Meter hohe Skulptur aus glänzendem Stahl stellt einen Teil des Eisernen Vorhangs dar, der weithin sichtbar ist und aus der Ferne wie ein Kreuz aussieht.

Zum 20. Jahrestag des Paneuropäischen Picknicks, wurde die Skulptur „Durchbruch" des ungarischen Bildhauers Miklós Melocco enthüllt. Die Kalksteinskulptur zeigt im Hintergrund ein Stück der Berliner Mauer, während auf der Rückseite folgendes zu lesen ist: „Eine gefangene Nation öffnete ihre Tore, um eine andere gefangene Nation in die Freiheit zu entlassen". Die Statue wurde 2009 von Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem damaligen ungarischen Staatspräsidenten László Sólyom enthüllt. Ein historischer Grenzwachturm, die bereits erwähnte Freiheitsglocke, ein Stück des Eisernen Vorhangs, ein Gedenkwald, ein Kinderspielplatz und ein Rastplatz erwarten die Besucher und alle, die sich erinnern wollen.

Miklós Melocco: Pan-European Picnic *Quelle: Wikimedia*

Dreißig Jahre nach den historischen Ereignissen wurde der Paneuropäische Picknick-Gedenkpark erheblich erneuert. Dank einer Investition von fast 430 Millionen Forint konnte ein 200 m^2 großes Leichtbaugebäude als Besucherzentrum errichtet werden, das jedes Jahr von April bis Oktober geöffnet ist. Es dient als Informations- und Ausstellungsraum, auch befindet sich ein Café für die Besucher und sanitäre Einrichtungen in dem Gebäude. Im Rahmen des Projekts wurde der Außenbereich des Gedenkparks mit aktualisierten Informationstafeln in einem modernen Format ausgestattet. Zudem wurden in die Promenade eingelassene Orientierungspunkte installiert, die über wichtige historische Ereignisse informieren. Ein umfassendes pädagogische Programm, oder ein Konzept zu Führungen, Veranstaltungen oder zur medialen Gestaltung fehlt jedoch weiterhin.